Sonderausgabe: Pariser Kongreß

Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus **„Graphia"**
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer (Im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljährl	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes.	3.60
Belgien	Frs.	2.–	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew.	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld.	0.30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estland	E.Kr.	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk.	4	Fmk.	48.—
Frankreich . . .	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien ..	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir.	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60



Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 12
Sonntag, 3. Sept. 1933

Bezugspreis im Quartal (Im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen	Kr	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich . . .	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina	Mils	18.—	Mils	216.—
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24.—
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet . . .	F.Fr.	1.50	F. Fr.	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr	4.20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.96

Kommt neuer Weltkrieg?

Wir Vaterlandslosen

Der Staatsangehörigkeit verlustig erklärt.

Die Hitler-Regierung hat 33 deutsche Reichsangehörige, unter ihnen die Genossen Breitscheid, Grzesinski, Hansmann, Scheidemann, Max Sievers, Stampfer und Wels der deutschen Reichsangehörigkeit für verlustig erklärt und die Beschlagnahme ihres Vermögens angeordnet. Die genannten Sozialdemokraten teilen ihr Schicksal mit radikalen Pazifisten, wie Friedrich Wilhelm Förster und ultra-radikalen Kommunisten, wie Max Hölz. Schriftsteller von Weltruf, wie Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger, vervollständigen das bunte Bild.

Was die Sozialdemokraten betrifft, die zu vaterlandslosen Gesellen erklärt worden sind, so waren sie zum großen Teil im Gegensatz zu zahlreichen Mitgliedern der Hitler-Regierung während des Krieges Soldaten und im Schützengraben. Sie haben stets nach besten Kräften der Sache des arbeitenden Volkes in Deutschland gedient und werden das selbstverständlich auch weiterhin tun. Daran kann kein Beschluß der in Berlin regierenden Verbrechergesellschaft etwas ändern. Von ihr vaterlandslos erklärt zu werden, ist nur eine Ehre. Und die feierlich angekündigte Vermögenskonfiskation spielt gegenüber den furchtbaren Opfern, die die Funktionäre der Arbeiterbewegung drinnen im Dritten Reich zu bringen haben, keine Rolle.

Für die Zukunft aber soll es nicht ohne Bedeutung bleiben, daß sich die gegenwärtigen Machthaber in solcher Weise über den bürgerlichen Begriff des heiligen Eigentums hinweggesetzt haben. Sie haben erst das gesamte Vermögen der sozialistischen Arbeiterbewegung gestohlen; sie gehen jetzt dazu über, zur Befriedigung ihrer persönlichen Rachegelüste auch Einzelpersonen „entschädigungslos zu enteignen".

Heute kann man sich nicht ohne Schmunzeln daran erinnern, daß Herr von Hindenburg einst seine Unparteilichkeit als Reichspräsident vergaß und persönlich eingriff, als die entthronten Dynastien Deutschlands in Gefahr geraten waren, auf verfassungsmäßigem Wege entschädigungslos enteignet zu werden. Gegen die entschädigungslose Enteignung von Sozialdemokraten hat er nichts einzuwenden. Er feiert vielmehr mit den Enteignern zusammen Freudenfeste und läßt sich von ihnen Millionen schenken.

Aber es wird ganz bestimmt nicht immer so bleiben wie es ist. Die antikapitalistische Sehnsucht der 95 Prozent aller Deutschen, von der einst Gregor Strasser sprach, wird sich auf die Dauer durch den Lärm der Feste nicht betäuben lassen. Der Tag der Abrechnung wird kommen. Und dann wird entschädigungslos enteignet werden, nicht aus persönlichem Rachebedürfnis oder zum Zweck der persönlichen Bereicherung, sondern zum Wohle des ganzen arbeitenden Volkes.

Die entschädigungslose Enteignung ist auf die Tagesordnung der deutschen Politik gestellt. Sie wird von ihr nicht wieder verschwinden!

Hitler, die Hoffnung aller Feinde Deutschlands

Paris, Ende August.

Versucht man, aus den Zeitungen aller Richtungen, aus Gesprächen mit Politikern und Unterhaltungen mit dem Mann auf der Straße ein Bild von dem zu gewinnen, was in Frankreich heute die allgemeine Meinung ist, so ergibt sich ungefähr das folgende:

In Frankreich gibt es bestimmt keinen Menschen, der einen neuen Krieg will. Dazu ist die Erinnerung an die vergangenen furchtbaren vier Jahre noch viel zu stark. Widerwille gegen den Krieg war in der ersten Zeit nach der Machtergreifung Hitlers das entscheidendste Gefühl. Man empfand: „Hitler ist Krieg!" und fügte sogleich erschrocken hinzu: „Nur das *nicht!*" Selbst wenn die Regierung anders gedacht hätte, wäre sie genötigt gewesen, in ihrer Außenpolitik diesem Massenempfinden Rechnung zu tragen.

Hitlers Erklärung vom 17. Mai stieß auf allgemeines Mißtrauen. Sie stand zu allem, was sonst als offizielle Meinung der neuen Machthaber Deutschlands in Erscheinung getreten war, in so schneidendem Gegensatz, daß man sie unmöglich für echt nehmen konnte. Dennoch schuf sie eine gewisse Erleichterung. Wenn der deutsche Reichskanzler, so dachte man, heute so warm für den Frieden spricht, kann er morgen doch nicht losschlagen. So war man wenigstens die Sorge um die allernächste Zeit los. Und ähnlich dachte man über den Viermächtepakt.

Es kam aber der Konflikt mit Oesterreich. Es kamen wilde Reden der Unterführer, Zwischenfälle an allen Grenzen, und es kamen die Nachrichten, die meldeten, daß ein ungeheueres Aufrüsten im Gange sei.

So konnte man sich nicht mehr damit beruhigen, daß unmittelbar kein Krieg drohe, man begann den Krieg zu fürchten, der sich für eine nähere oder fernere Zukunft vorzubereiten schien.

„Deutschland rüstet, um uns zu überfallen!", das war die Meinung, die sich nun überall verbreitete. Aus ihr ergab sich die Frage, ob man warten solle, bis Deutschland imstande sei, seine kriegerischen Absichten zu verwirklichen. Diese Frage beantwortet man jetzt allgemein mit Nein.

Also Präventivkrieg? Nein, den Präventivkrieg will, vielleicht von ein paar extremen Nationalisten abgesehen, niemand. Aber was man allgemein will, das ist die Präventivaktion gegen den Krieg und gegen die deutschen Rüstungen. Deutschland soll gezwungen werden, die bestehenden Verträge zu respektieren. Wie kann ein solcher Zwang wirksam ausgeübt werden?

Frankreich hat die Weltmeinung geschlossen für sich. Das gibt ihm aber noch nicht die Sicherheit, daß es nicht bei einer diplomatischen Offensive in die Isolierung geraten könnte.

Frankreich will nicht allein bleiben. Frankreich will auch nicht vorangehen. Darum blickt alles gespannt auf England. Eine französisch-englische Entente würde mehr bedeuten als eine Verdoppelung des Drucks, denn sie würde auch die Beteiligung aller kleineren Nachbarstaaten Deutschlands zur Folge haben.

In England ist nach der Presse zu urteilen, die Stimmung gegen Hitler-Deutschland viel schärfer als in Frankreich, wo die Presse bisher von der Regierung gezügelt worden ist. Die englische Regierung hat einen ähnlichen Einfluß auf die Presse ihres Landes nicht ausgeübt. Sie hat der öffentlichen Meinung freien Lauf gelassen. Aber auf dem Parkett der Diplomatie war sie bisher womöglich noch vorsichtiger und zurückhaltender als ihre Kollegen in Paris.

Neuerdings jedoch glaubt man hier, daß die englische Regierung im Begriffe sei, ihre Passivität aufzugeben, und die diplomatische Offensive zu ergreifen. Daß in diesem Fall eine englisch-französische Einheitsfront sofort in Erscheinung treten würde, versteht sich von selbst.

Man erwartet also, daß England im Herbst bereit sein wird, gemeinsam mit anderen Mächten von Deutschland die Einstellung des Propagandakriegs gegen Oesterreich und die Wiederabrüstung auf den vertragsmäßigen Stand zu verlangen. Das bedeutet dann Verzicht auf die rapide Militarisierung Deutschlands, die einzige reale Funktion der NSDAP., und Auflösung aller Wehrverbände der SA., der SS., sowie des Stahlhelms.

Man weiß natürlich, daß die Annahme solcher Forderungen durch freundschaftliche Ermahnungen nicht zu erreichen ist. Nur wenn die Hitlerregierung fürchten wird, das Reich könnte zu Bruch gehen und sie selbst könnte unter den Trümmern begraben werden, erst dann wird sie sich zur Annahme so schwerer Bedingungen bequemen, deren innerpolitische Folgen gar nicht abzusehen sind.

Die Hitler-Regierung wird vor die Entscheidung gestellt sein, ob sie der diplomatischen Niederlage, der sie nicht ausweichen kann, auch noch die militärische hinzufügen will. An einen Sieg Deutschlands glaubt kein Mensch. Man ist vielmehr fast davon überzeugt, daß Frankreichs Ueberlegenheit durch seinen Rüstungsvorsprung und seine Bündnisse bis auf weiteres vollkommen gesichert ist. Kommt es zum Krieg, so wird es danach ein deutsches Reich nicht mehr geben.

*

Das ungefähr sind die Meinungen, die man in Frankreich jetzt allenthalben aussprechen hört. Der Herbst droht mit Stürmen. Ob sie sich bald wieder in ein sanftes Säuseln verwandeln, oder ob sie sich zu einem Orkan steigern werden, der vernichtend über Europa hinwegfegen wird, vermag keiner vorauszusagen. Man sieht hier in Hitler den Mann, der die ganze Welt gegen Deutschland geeinigt hat, und man fühlt sich stark gegen ihn. Auch die extremsten Nationalisten blicken hoffnungsvoll in die Zukunft. Ihr Ziel ist Deutschlands Untergang und ihre Hoffnung heißt Hitler.

Lessings Ermordung

Der faschistische Terror in der ČSR.

Wieder knallte in der Tschechoslowakei der Revolver eines hakenkreuzlerischen Halunken, wieder wurde ein Vertreter der Menschlichkeit das Opfer vertierter, antisemitischer Meuchelmörder. Wieder fiel einer, dessen Name als Schriftsteller und Forscher in der Kulturwelt hohen Klang hat.

Mit Professor Lessing ist ein Mann von hoher Begabung und reinem Idealismus gemeuchelt worden. Die Universität Hannover verlies er, weil ihm die Nazimeute das Bleiben unmöglich machte. Dieser Mann war ihnen zu aufrecht, zu demokratisch-republikanisch. Die akademischen Hakenkreuzbengel demonstrierten gegen ihn mit allen bei ihnen üblichen Mitteln. Nach dem Siege der braunen Betrüger ging er ins Ausland, ohne sich politisch zu betätigen, ja er war sogar der allzu sachlichen Meinung und sprach sie öffentlich aus: es sei nicht zweckmäßig, wenn reichsdeutsche Verjagte das deutsche Hunnenregime vom Ausland her bekämpften. Jedoch der braunen Mordkanaille ließ es keine Ruhe, daß dieser reine Denker, dieser Mensch idealistischen Wollens noch lebte. Noch ist der Mörder nicht gefaßt, aber man weiß, in welchen Kreisen er zu suchen ist.

Nach den bisherigen Meldungen können keine Zweifel darüber bestehen, daß die Hintermänner der Mörder in Deutschland sitzen. Für Ergreifung des Prof. Lessing war seit Wochen eine größere Belohnung ausgesetzt.

So wie im Saargebiet schon mehrmals Verfolger oppositioneller Flüchtlinge gefaßt werden konnten, häufen sich in der ČSR. die Beweise, daß Naziinstanzen der ČSR. ganz planmäßig mit deutschen Hitlerorganen an der Verfolgung von Emigranten arbeiten. Hier einige Fälle aus jüngster Zeit:

In wenigen Tagen findet in Pilsen der Prozeß gegen den SS-Führer Leonhardt aus Markneukirchen statt, der überführt wurde, den Kommunisten Lippert über die Grenze gelockt zu haben, um ihn, wie L. jetzt selbst zugibt, Lippert beim geringsten Widerstand zu erschießen. Seine Kumpane lagen schußbereit im Walde dicht an der Grenze.

SA-Leute aus Oberwiesenthal rückten bewaffnet gegen die Hütte der Naturfreunde in Wiesenthal vor und griffen dabei tschechoslowakische Grenzer an. Dieser Tage wurde die Wirtin des Nachbargebäudes verhaftet, weil Beweise vorliegen, daß die Frau den Oberwiesenthaler SA-Leuten Hilfe geleistet hatte.

Der SA-Führer Richter, Oberwiesenthal, fuhr eines Tages einem reichsdeutschen Juden im Auto nach Karlsbad nach, um seine Entführung durchzuführen. Richter ging mit seinen Kumpanen eine Wette ein, daß er unbemerkt zurückkommen könne, weil ihn die *Bevölkerung jede Hilfe biete.*

Der Versuch, ein Attentat gegen Scheidemann durchzuführen, als er in Karlsbad war, ist noch in frischer Erinnerung.

In Karlsbad kann fortgesetzt beobachtet werden, wie Nazi versuchen, Quartiere der Emigranten zu erforschen. Die Nebenabsichten: siehe die Ermordung Lessings.

Einem Nazi in Joachimsthal konnte ein Brief abgenommen werden, als er die Chemnitzer Kriminalpolitizei darüber verständigte, wo sie Emigranten finden kann.

In Katharinaberg hatten die Hakkinger alle Vorbereitungen getroffen, um einen sächsischen Parteisekretär zurückzubefördern.

In Asch rühmen sich die Nazi, daß im Ort deshalb kein Emigrant Zuflucht suche, weil sie ihn schnell nach Bayern melden könnten.

In der Nähe von Rumburg lockten die Hakenkreuzler ebenfalls einen Kommunisten über die Grenze.

Es häufen sich die Fälle, in denen Briefe von Verwandten der Emigranten eintreffen — in Wirklichkeit sind es Briefe der Nazis, die Flüchtlinge an die Grenze zu locken suchen. Einzelheiten zeigen, wie

sudetendeutsche Nazi dabei Posten stehen.

Wollen die Nazis noch immer leugnen, daß es sich in diesen und anderen Fällen um verbrecherisches Zusammenarbeiten zwischen den Faschisten diesseits und jenseits der Grenze handelt? Mögen die Schüsse, die einen so edlen Friedensfreund wie Lessing mordeten, der Kulturwelt endlich ein Signal sein, das sie zu energischer Abwehr der braunen Mordpest aufrüttelt!

Wohltat mit Gebrüll

Im neuen Deutschland wird die Fürsorge abgebaut, die Arbeitslosenunterstützung gekürzt, die Krankenpflege eingeschränkt, der Arbeitslohn bis unters Existenzminimum gesenkt — wer nichts hat, bekommt etwas: nämlich die Erlaubnis, zu verrecken. Um recht deutlich zu dokumentieren, daß gelegentliche Almosen nicht um der Notleidenden, sondern um der Reklame willen verabreicht werden, soll die Organisation der Winterhilfe des deutschen Volkes in diesem Jahre dem — Reichspropagandaministerium übertragen werden. Barmherzigkeit als neuester Reklametrick, getreu dem christlichen Grundsatz: „Laß die Rechte nicht wissen, was die Linke tut!" Zum Aushängeschild ist selbst der Verhungernde noch gut genug.

Pleite in Leipzig

Die „Erste Messe unter nationalsozialistischer Alleinherrschaft" hat mit einem katastrophalen Mißerfolg geendet. Das Manöver, gleichzeitig eine „braune Messe" zu veranstalten, zu der die mitteldeutsche Industrie, das Handwerk und das Gewerbe kommandiert wurden, hat diese Katastrophe nicht aufhalten können. Der einzige Erfolg ist, daß die Zahl der Aussteller um 300 höher angegeben werden kann als im Vorjahre. Aber da die tausend Teilnehmer der „braunen Messe" doppelt gezählt wurden, so ändert das nichts an dem Rückgang der Zahl der Aussteller.

Die Aussteller aus dem Ausland, vor allem aber die Käufer des Auslandes, fehlten fast vollständig. Die Hotels, die sonst zur Messe stets überfüllt sind, hatten alle noch freie Zimmer. In dem führenden Leipziger Hotel, Hotel Astoria, das sonst bei jeder Messe wochenlang vorher ausverkauft ist, sind am Messesonntag 70 Zimmer frei gewesen. Die Umsätze auf der Messe gingen noch stärker zurück als die Zahl der Besucher. Sie erreichten kaum 25 Prozent des Umsatzes der vorigen Herbstmesse. Viele Aussteller kamen überhaupt nicht in die Verlegenheit, ihre Ordrebücher aufzuschlagen. Jüdische Aussteller erlebten mehrfach, daß ihnen Aufträge zurückgegeben wurden, nachdem ihre Abnehmer erfahren hatten, daß sie bei Juden gekauft hatten. So wurden die Versprechungen gehalten, daß die Juden in keiner Weise behelligt, sondern völlig gleichberechtigt behandelt würden!

Selbst die „Leipziger Neuesten Nachrichten" geben das Fiasko der Messe vorsichtig zu. Sie schreiben: „Größere Geschäfte wurden eingeleitet, neue Beziehungen wurden angeknüpft". Die charakterlose Umschmeichelung der jüdischen Käufer, die würdelose Kriecherei vor dem Auslande, haben keinen Erfolg gehabt. Der Versuch, durch die Leipziger Messe das deutsche Wirtschaftsleben anzukurbeln, die zerrissenen Beziehungen zum Ausland wieder herzustellen, ist gescheitert. Die Leipziger Messe hat ihre Anziehungskraft verloren. Sie ist tot. Das ist aber auch unter der Herrschaft der braunen Banden das Schicksal der deutschen Wirtschaft.

Marschieren, marschieren . .

Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" lesen wir folgenden Stoßseufzer:

„Wenn auch dem Buch bei der geistigen Unterbauung der neuen Staatsideen und bei der Bewußtmachung des deutschen Volkstums eine wichtige Rolle zukommt, so ist doch nicht zu vergessen, daß das Volk und namentlich die Jugend zur Zeit und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren noch marschiert, und daß dieses Marschieren zum Teil im bewußten Gegensatz zur Zeit des Buchgelehrten steht. Man mag diese Entwicklung als nicht ungesund und sympathisch empfinden — wir Buchhändler sollen aber nicht die Augen verschließen vor der Erkenntnis: „Wer marschiert, liest (zumindest) weniger!"

Demnach erweist sich die nationalsozialistische Bewegung, die als „Durchbruch der Nation," als „neue Weltenwende" gepriesen wird, nicht als eine Bewegung der Köpfe, sondern als eine Bewegung der Beine.

Die Pariser Ergebnisse

II. Internationale, Kriegsgefahr und Einheitsfront

Die Internationale Sozialisten-Konferenz in Paris sollte vor allem den Zweck haben, eine Verständigung über die großen Ereignisse der letzten Monate herbeizuführen, einen Gedankenaustausch zwischen den Sozialisten der verschiedenen Länder zu ermöglichen. Ihr Charakter war also in erster Linie informativ. Als Pressevertreter und Zuhörer waren nur Mitglieder von Parteien zugelassen, die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen sind. Auf jede äußere Aufmachung und demonstrative Absicht wurde von vornherein verzichtet.

Nichts destoweniger oder vielleicht eben deswegen darf man hoffen, daß von dieser Konferenz starke Wirkungen ausgehen werden. So verschieden auch die Lage der verschiedenen Parteien ist, so kehren doch die Vertreter keiner wieder heim, ohne neue Anregung und neue Ermutigung empfangen zu haben.

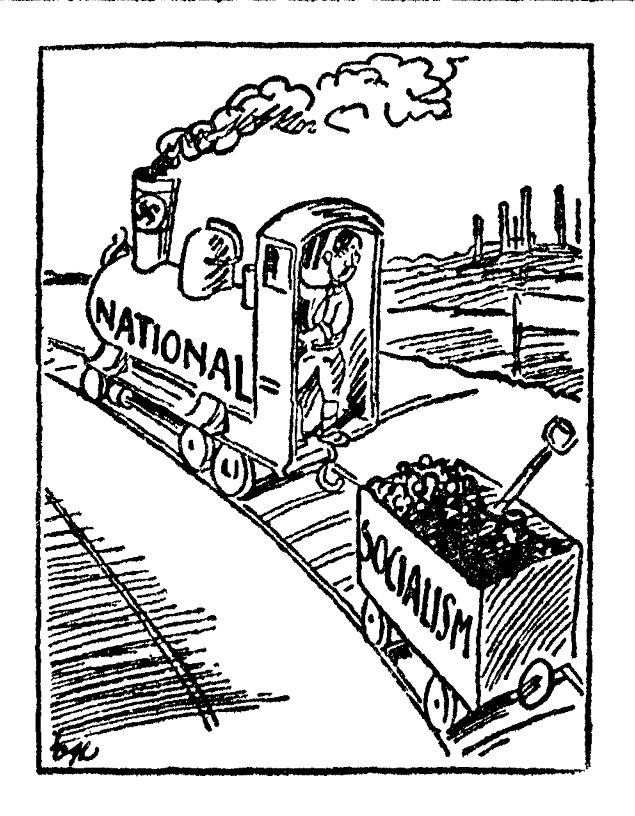
Die Gesamtlage wurde treffend durch den Ausspruch Pietro Nennis charakterisiert, daß man auf dieser Sozialistenkonferenz ebenso viel Emigranten sehe wie man auf mancher früheren regierende Minister erblickte. Nur in Schweden, Dänemark, Spanien und der Tschechoslowakei sind noch Sozialdemokraten an der Regierung, oder mit in der Regierung. Die stärkste aller Organisationen aber, die deutsche, war diesmal nur durch Emigranten vertreten! Die Tatsache der deutschen Katastrophe blieb in allen Debatten das alles andere überschattende Ereignis.

Mancher mochte von dieser Konferenz eine Art von Gericht über die deutsche Sozialdemokratie erwartet haben. Aber wenn auch begreiflicher und berechtigter Weise die Kritik nicht ausblieb, so wurde sie doch stets in kameradschaftlichen und brüderlichen Formen geübt. Ueber das Vergangene konnte man der verschiedensten Meinung sein. Der Entschluß, den Kampf gegen die Hitlerregierung unter den schwierigsten Umständen wieder aufzunehmen, fand allgemeine Billigung. Die vorsichtig taktierende und lavierende Politik der Vergangenheit mögen viele bedauernd verurteilen. Die kämpfende Sozialdemokratie, die gegen den Hitlerfaschismus die Parole der sozialistischen Revolution ausgegeben hat, kann der Unterstützung durch die Sozialistische Arbeiter-Internationale sicher sein. Und so wenig diese Unterstützung Wunder zu wirken vermag, so sehr wäre es auch falsch, ihren Wert und ihre Bedeutung zu unterschätzen. Isoliert wäre die deutsche Sozialdemokratie heute so gut wie ohnmächtig. Aus ihrer Verbindung mit den sozialistischen Bruderparteien kann sie die Kraft schöpfen, die sie zum Wiederaufbau ihrer Kampfstellungen benötigt.

Neben dem Hitlerfaschismus und seinen sozialreaktionären Wirkungen in allen Ländern war die Kriegsgefahr das alles beherrschende Thema. Es gibt zwischen den nationalen Sektionen der SAI. keinen Unterschied in der Stärke des Abscheus vor dem Krieg und des Willens, den Frieden zu erhalten. Aber Hitlerdeutschland hat die Friedensfreunde der ganzen Welt vor neue Probleme gestellt. Kann man den Frieden der Welt dadurch sichern, daß man vor den Kriegsvorbereitungen einzelner Regierungen die Augen verschließt? Ist die Sozialistische Internationale nicht vielmehr verpflichtet, diplomatische Anstrengungen zu fordern und zu unterstützen, die mit der Beseitigung der Vorbereitungen zum Kriege auch die Kriegsgefahr selbst beseitigen? Hier begibt man sich sichtlich auf ein Gebiet, das reich ist an taktischen Problemen. Dennoch ist es gelungen, in den beiden angenommenen Entschließungen Formulierungen zu finden, die so weit befriedigend sind, daß sie die Zustimmung einer erdrückenden Mehrheit des Kongresses finden konnten. So fand auch die Forderung allgemeine Zustimmung, „daß die demokratischen Regierungen alle den europäischen Frieden gefährdenden Fragen auf die Tagesordnung des Völkerbundes setzen, die der Sieg Hitlers in Deutschland aufwirft, insbesondere die Aufrüstung Deutschlands, das Vorgehen gegen Oesterreich und Danzig, dessen verfassungsmäßige Freiheitsrechte international garantiert sind." Man darf jedoch hinzufügen, daß die Hoffnung, dem Völkerbund könnte die Lösung dieser stachligen Probleme gelingen, nicht allzu groß war.

Und wenn der Völkerbund versagt, was dann?

Die Arbeiterklasse soll den Frieden der Welt retten. Kann sie die Kriegsgefahr, die aus dem Faschismus entsteht, beseitigen? Das kann sie sicher nur dann, wenn sie einig ist! Diese Erkenntnis war allgemein, und wenn man es ablehnte, der Dritten Internationale ein neues Verhandlungsangebot zu machen, so nur deshalb, weil man nach den bisherigen Erfahrungen davon nichts anderes erwarten konnte als neue Verschärfung der Gegensätze und neue Vertiefung der Spaltung



Hitler: „Der sozialistische Karren muß auf der Strecke bleiben!"

Dagens Nyher, Kopenhagen.

statt der gewünschten Einigkeit. Und doch spricht die angenommene Resolution eine große Wahrheit aus, wenn sie feststellt, daß die geschichtliche Entwicklung alle Gründe der Spaltung beseitigt hat. Denn die Kommunisten können heute ebenso wenig vor dem Wert der Demokratie für die kämpfende Arbeiterklasse die Augen verschließen, wie die Sozialdemokraten leugnen wollen und können, daß es zur Beseitigung von Diktaturen nur ein Mittel gibt: den revolutionären Kampf. Aus solchen Einsichten muß der Wille zur Einigung und die Kraft zu ihr emporwachsen.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Paris hat nichts verheimlicht und nichts beschönigt. Sie war von Anfang bis zu Ende von der Erkenntnis des furchtbaren Ernstes der Situation beherrscht. Aber sie hat den Massen auch gezeigt, daß nichts verloren ist, was nicht wiedergewonnen werden kann, sie hat Ziele gewiesen, für die es lohnt, zu kämpfen und zu sterben. In der Geschichte der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung wird sie den Punkt bezeichnen, von dem es wieder aufwärts geht. Kampf und abermals Kampf bis zur Anspannung der letzten Kraft, bis zum letzten Opfer bleibt die Parole!

Große Geschenke

erhalten die Freundschaft

Hindenburg wird mit einem neuen Gut beglückt

Auf einer Kundgebung am Tannenbergdenkmal, die Reichspräsident von Hindenburg durch seine Anwesenheit verschönte, verkündete Adolf Hitler, er empfinde es bewegten Herzens als ein gnädiges Geschenk der Vorsehung, im Namen der geeinten Nation dem Generalfeldmarschall den Dank aller in tiefster Ehrerbietung aussprechen zu dürfen. Und um dies „Geschenk der Vorsehung" auch für den greisen Landesvater lukrativ zu gestalten, wurde dem alten Herrn eine Schenkungsurkunde überreicht, der zufolge ihm das Land Preußen die Domäne Langenau und Forst Preußenwald zur dauernden Vereinigung mit dem angrenzenden Altbesitz Neudeck und zur Bildung eines Hindenburgschen Hausgutes übereignet.

Hindenburg schlug dieses Geschenk der Vorsehung nicht aus, weil er nicht begreift, in welch üblen Geruch die schmierigen Gaben der Hitler und Göring auch den damit Beglückten bringen. Er schlug das Geschenk der Vorsehung vor allem um seines Sohnes willen nicht aus, der dem alten Herrn sonst schön auf den Kopf gekommen wäre. Er war schon immer der Berater seines Vaters, der Oberst von Hindenburg, und einen schlechter beratenen Mann als diesen Vater weiß die Weltgeschichte nicht zu nennen.

Hindenburg junior, der Herr Oberst, hat Schulden bis über beide Ohren, hat noch mehr Schulden, als ein ostpreußischer Junker ohnehin zu haben pflegt. Er hat das Gut Neudeck schändlich heruntergewirtschaftet, die bedeutende Schenkung aus der Osthilfe war nur ein Tropfen auf den heißen Stein, die Gläubiger begannen bereits wieder sanft zu drängeln; Langenau und Forst Preußenwald sollen darum dem Familienbesitz derer von Hindenburg — zum vierten Male — auf die Beine helfen. „So lange männliche Erben des Hauses leben, bleibt der Landzuwachs im Besitz der Familie." Ein klares, rundes Geschäft.

Wie weit der gleichschaltende Einfluß des verschuldeten Oberst in der Reichswehr geht, ist nicht recht zu erkennen. Tatsache ist, daß Reichswehrminister von Blomberg der feierlichen Schenkung beiwohnte, und Eingeweihte meinen, die Gegenleistung sei dem Geschenk vorausgegangen. Nicht eingeweihte, objektive Beobachter aber sehen vor allem eines: die unehrenhafte und zweideutige Art, in der Hitler und die Seinen Politik machen, die Skrupellosigkeit, mit der sie den Namen des von ihnen mißbrauchten Präsidenten in den Dreck treten.

Das also, so wird das Volk, so werden selbst die harmlosesten Kleinbauern sich fragen, ist die versprochene Siedlungspolitik? Die Landlosen sollten Land erhalten — statt dessen schanzen die neuen Herren einander den Segen zu, das Volk aber wird mit Tannenbergfeiern, Saarkundgebungen und Feuerwerken abgespeist! Wenn freilich der Reichspräsident selber so stark an den Junkerprivilegien interessiert ist, wie darf da ein armes Bäuerlein oder ein Landarbeiter auf die Erfüllung der vor dem 5. März gegebenen Versprechen hoffen?

Hindenburg hat das Geschenk nicht abgelehnt, das Volk jedoch lehnt Schenker und Beschenkten ab und wird eines Tages dafür sorgen, daß jenes Gut Langenau, dem preußischen Staat anno 1933 gestohlen, den „männlichen Erben des Hauses Hindenburg" keinen Segen bringt.

Dummheit regiert

Untrennbar verbunden mit der Verskavung des gesamten deutschen Volkes ist die Vernichtung der geistigen Freiheit auch an den Hochschulen. Was die Hitler-Barbaren hier wollen, offenbart mit unüberbietbarem Zynismus der Hochschulgruppenführer Leipzig des nationalsozialistischen Studentenbundes, Eduard Klemt, in Nr. 2 der Zeitschrift „Die Leipziger Studentenschaft":

Wie wir anders geworden sind, so muß auch der Hochschullehrer ein anderer werden. **Wir sehen uns mit genau derselben Frechheit, wie einst als SA-Leute auf der Straße, heute im Hörsaal um und entscheiden, ob ein Professor bleiben kann oder nicht** . . . Wir Jungen haben die Hochschule in der Hand und können daraus machen, was wir wollen . . . **Wir haben nicht mehr um Probleme zu ringen, sondern zu entscheiden."**

Für die Umkehrung aller Begriffe im Dritten Reich ist dieses naiv-unverschämte Pronunziaments des Leipziger Hochschul-Feldwebels ungemein charakteristisch.

/

Braun-blonder Imperialismus

Ausdehnungsdrang des Blödsinns — Schwerindustrie profitiert durch Rassenquatsch

Auch die Parolen des Imperialismus, des nationalen Ausdehnungsdranges, unterliegen dem Wechsel der Zeiten, und an den außenpolitischen Parolen erkennt man den Charakter einer politischen Umwälzung. Nach der bolschewistischen Revolution schrieb Rußland die Befreiung der Völker vom Kapitalismus auf seine außenpolitische Fahne. Der italienische Faschismus versprach eine neurömische Renaissance, verstand darunter die Wiederherstellung der ehemaligen römischen Herrschaft über Adria und Mittelmeer und begründete das nicht mit der Zukunft, sondern mit der Vergangenheit. Der braune Faschismus, dümmer als der schwarzbehemdete, geht darüber hinaus: Alles muß deutsch werden, was einmal irgendwie „germanisch" besiedelt war. Von England abgesehen — vor den Großen macht man demütig Halt. Aber die Kleinen! Wehe ihnen, wenn — —! Und so werden in Skandinavien, in Holland, im flämischen Gebiet, in der Schweiz, in Nordböhmen nationalsozialistische Gruppen mit Hitlergeld geschmiert; sie sollen den Tag des Anschlusses an Deutschland vorbereiten! Von Oesterreich nicht zu reden.

Dieser Hitlersche Rassen-Mumpitz liefert die Parolen für den **neudeutschen Imperialismus.** Mögen auch die Kraut- und Schlotjunker über den braunen Rassenwahn mitunter lächeln, und das ganze lediglich als eine willkommene Abwechslung in den Methoden der nationalen Aufputschung betrachten, so ist dieser rassische Imperialismus nichtsdestoweniger heute in Deutschland **offiziell** und entspricht teils dem **Wirtschaftsblödsinn des Hakenkreuzes,** teils — so verrückt das auch klingt — gewissen Interessen der herrschenden **schwerindustriellen Gruppe** und teils der politischen Degeneration und **Hilflosigkeit der deutschen Bourgeoisie.**

Mit der neudeutschen Ausdehnungsphraseologie verglichen, erscheint der **wilhelminische Imperialismus** immer noch logischer und gesünder, als er je gewesen. Er entsprach den Wünschen eines Kapitalismus, der noch in der Entwicklung und darum zielklar war, dem es auf die Eroberung neuer Absatzplätze und Kapitalisierungsmöglichkeiten ankam. In wilhelminischen Schlagworten vom „Platz an der Sonne", den es zu erobern gelte, und von der Zukunft, die auf dem Wasser liege, drückte sich der Kampf um Welthandel, Kolonien und Märkte in erwachenden Gebieten aus. Die deutsche Bourgeoisie wußte damals besser, was sie wollte, und dem entsprach auch — trotz aller Fahrigkeit Wilhelm II. — die **Bündnispolitik** vom Dreibund bis zum Bündnis mit der Türkei. Das war die Straße nach Asien, der Weg zur Bagdadbahn und in Rohstoffgebiete, es entsprach dem Denken eines entwicklungsfähigen Kapitalismus mit robusten imperialistischen Appetiten; das führte schließlich zum Kriege und zum deutschen Zusammenbruch.

Heute ist der Kapitalismus in Trust- und Monopolherrschaft erstarrt, ist gehemmt durch den Versailler Vertrag, ist verdrängt von der erwachenden Industrie erwachter Völker, kann seine Menschenmassen nicht mehr im Produktionsprozeß unterbringen und stand darum vor der Frage: europäisch-sozialistische Planwirtschaft für den europäischen Großwirtschaftsraum oder faschistische Diktatur. Er stürzte sich in die Arme eines Hakenkreuzdilettantismus, der wirtschaftlich und außenpolitisch mit der dümmsten, hilflosesten Phraseologie aufwartet, die es je gegeben. Da der Weltmarkt enger geworden und die Krise international ist, gebar dieses politische Kurpfuschertum den Schrei nach „Autarkie", nach Absperrung von der Welt. „Die deutsche Wirtschaft den deutschen Menschen!"

Hier aber berühren sich wirtschaftliche Rückwärtserei und Rassenmumpitz: der deutsche Markt muß größer sein, wenn er „autark" existieren soll. Und so wird denn frei nach Karlchens und Adolfs Rasselehre für „germanisch" und deutschzugehörig erklärt, was ringsum irgend einmal germanische Vorzeit hatte.

Die Staats- und Wirtschaftseinheit der „nordischen Herrenrasse" — zu der auch die Mischbevölkerung Böhmens und des Donaustaates gehören! Ist es Wahnsinn, so hat es doch die Methode des Wahnsinns.

Der wilhelminische Imperialismus ergab innerhalb eines Jahrzehnts eine für Deutschland gefährliche Einkreisung der drei Verbündeten, der neudeutsche Rassenimperialismus aber zeitigte binnen wenigen Monaten nicht nur die **völlige** Isolierung Deutschlands, sondern sogar Krieg mit Deutsch-Oesterreich. Ein fabelhafter **germanischer Einigungsrekord!**

*

Und die deutsche Bourgeoisie? Sie schimpft im stillen Kämmerlein und schweigt im übrigen, denn so sehr ihr Vorkriegsimperialismus den Wünschen des breiten deutschen Bürgertums entgegenkam, so wenig hat es gegenwärtig mitzureden. Eine mächtigere Schicht schwang sich über dieses Bürgertum empor, schmierte den Bandenführer Hitler, brachte ihn zur Herrschaft und zwang ihn in ihren Dienst: die **Schwerindustrie.** In Nummer 10 unseres Blattes wurde ein Stück Enteignung des Reiches durch das Schwerkapital dargetan: der Stahltrust hat sich der Aktien des Staates bis auf 20 Prozent entledigt. So wurde Thyssens ehemalige Oberherrschaft wieder hergestellt und 125 Millionen des Reiches als Sanierungskapital annektiert! **Deshalb** mußten die sozialistischen Arbeiterorganisationen zerschlagen und verschiedene unbequeme Gegenspieler beseitigt werden — und dazu brauchte die Schwerindustrie u. a. auch den Rassenschwindel. Da die deutsche Presse zu kuschen hat, spricht die ausländische um so deutlicher. Dieser Tage ging durch einen Teil der Auslandspresse ein Artikel über den **Thyssen-Skandal,** in dem betont wurde, daß die Thyssengruppe gerade Hitlers Rassenpolitik zur Ausschaltung der Konkurrenz brauchte.

Der Boykott gegen die Juden und die Verfolgung der Katholiken im 3. Reich sei nichts anderes, als eine große Enteignung des jüdischen und katholischen Kapitals durch die Oligarchie des Thyssenkreises. Juden und Katholiken wurden aus ihren Stellen in den Verwaltungsräten der großen und kleinen Gesellschaften verjagt und an ihre Stelle traten alte Reaktionäre der Schwerindustrie oder neue nationalsozialistische Kostgänger.

Kein Thyssen und kein Vögler glaubt an den Schwatz von Hitlers und Göbbels „nordischer Edelrasse", aber bequem läßt sich damit unbequeme Konkurrenz beseitigen. Und treibt dieser verquollene Rassen-Imperialismus zum Kriege, so drängt er vorerst zu **Rüstungen.** Wo aber ist der Schwerindustrielle, der am Wettrüsten kein Interesse hätte?

Ein schwarzhaariger Mischling aus dem Süden verkündet das Evangelium von der Auserwähltheit der blonden, nordischen Herrenrasse, der Stahltrust macht damit Milliardengeschäfte, und die Ausfuhrindustrie wird immer autarker und blutleerer — das ist der neudeutsche braun-blonde Imperialismus, dessen Rassequatsch per Rundfunk auf ein staunendes, verwirrtes, verzweifeltes Volk losgelassen wird.

Ein Bild des Jammers und des Wahnsinns! B. Br.

Blutige Tierschützer

Menschen dürfen gefoltert werden!

Der mehrfache Raubmörder Sternickel war als Tierfreund bekannt. Im Taubenzüchten bekam er den I. Preis. Als er seine letzten Morde begangen und seinen Dienstherrn samt Familie niedergeschlagen hatte, fütterte er das Vieh und molk die Kühe, ehe er flüchtete. Das gibt's also. Und deshalb braucht man sich gar nicht zu verwundern, wenn jetzt plötzlich die Herren des III. Reiches ihre Tierliebe entdecken. Die Strafen für Tierquälerei sollen verschärft und die Vivisektion, die Zerlegung von Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken, soll verboten werden. Im „Völkischen Beobachter" begründet das ein Dr. Eckhard, SS.-Abschnittsarzt zu Hannover, mit einem längeren Artikel. Er setzt sich da für das „wehrlose Tier" ein und sagt, diese Tierfolter (Vivisektion) könne „in ihrer Furchtbarkeit und Grausamkeit nur verglichen werden mit der Menschenfolterung des Mittelalters..." Diese Tierfolterung richte unendlichen Schaden an „durch Verrohung vieler Menschen..." Und zum Schluß:

> Tierschutz treiben heißt für uns letzten Endes nichts anderes, als **menschliche Selbstsucht und Grausamkeit bekämpfen.**

Es geht nichts über diese Heuchelei! Wenn es diesem SS.-Arzt um Bekämpfung der menschlichen Grausamkeit zu tun ist, wenn er der Verrohung der Menschheit wehren will, so hätte er ja in seinen Kreisen hinreichend Gelegenheit. Als Naziarzt muß er wissen, welche Mißhandlungen, welche Folterungen, welche Grausamkeiten seine Pgs. an wehrlosen Menschen begangen haben. Vor allem der „Völkische Beobachter" muß auch wissen, daß man im Ausland die Nazi-Bestialitäten mit der „Menschenfolterung des Mittelalters" vergleicht und daß es die Nazibonzerie seit Jahren als ihre Aufgabe ansieht, zu Brutalität und Roheit aufzureizen. Hier ein neues Beispiel. Der Nürnberger **Naziobebürgermeister Liebel** sagte kürzlich im Stadtrat von Nürnberg:

> Zur Durchführung dieses Gesetzes (zwecks Hinauswurf nichthakenkreuzlerischer Beamten. Die Red.) gehört auch **eine gute Portion von Brutalität und an dieser mangelt es nicht.** Wenn einer oder der andere der von der Aktion Betroffenen **sich aufhängt,** oder sich **eine Kugel durch den Kopf** schießt, so geschieht dies, weil **er zehn Jahre hindurch ein Schweinehund gewesen ist.**

Dieses blutgierige Gesindel trieft von „Tierliebe"! Der Mörder Sternickel hatte eins für sich: Er sabberte nicht von Liebe zur Kreatur, vom Kampf gegen „Verrohung und Grausamkeit." Er wußte über sich recht gut Bescheid; er war ehrlich und heuchelte nicht. Und dabei konnte er für sich immer noch in Anspruch nehmen, daß er seine Opfer nicht quälte und folterte, ehe er sie tötete.

Endlich wieder lustik!

Es gibt keine Konzentrationslager . . .

Hitler hat am Niederwalddenkmal eine Rede gehalten. Es sollte eine Kundgebung für das Saargebiet sein und wurde für Frankreich ein Beweis, daß man weiter rüsten müsse. In dieser Rede versucht der braune Bandenführer wieder einmal, die Greuel und Bestialitäten seiner Garden hinwegzulügen. Dabei pumpt er sich also auf:

> Ich bin jederzeit bereit, wieder an die deutsche Nation zu appellieren und mich ihrem Votum zu stellen, denn ich weiß, heute würden es mehr als fünf Sechstel sein, die bedingungslos hinter uns stehen.
>
> Sie werden in wenigen Stunden zurückkehren in Ihre Heimat und werden die große Wahrheit mitnehmen, daß Deutschland nicht das ist, was **ehrlose und gewissenlose Gesellen** der Welt vorlügen wollen, nicht ein Land der **Trauer,** des **Schmerzes,** des **Unglücks,** der **Unterdrücker,** sondern
>
> **ein Land, in dem seit 15 Jahren zum ersten Male wieder ein fröhliches Lachen ertönt,**
>
> in dem wieder ein Glaube an die deutsche Zukunft das Leben lebenswerter erscheinen läßt.

Hört ihr's, ihr Abertausende in den Konzentrationslagern, in den Gefängnissen und Kerkern, ihr Gefolterten und Mißhandelten, ihr Abermillionen, die ihr den Mund nicht aufmachen dürft, wenn ihr nicht ein's mit dem Gummiknüppel haben wollt, hört ihr's, was der braune Sadist sagt: in Deutschland ist man endlich wieder lustig! Fröhliches Lachen, jawohl: bei der **Nazibonzerie,** bei den braunen **Karrieremachern,** die sich in Pöstchen und Aemter geschwungen haben! Aehnlich wie jener Hannoveranerfürst darf Hitler von jetzt an heißen: „Endlich wieder lustik!"

Und die Bereitschaft dieses lustigen Osafs, sich dem „Votum der deutschen Nation" zu stellen, zeigt sich in der wütenden Verfolgung jeder anderen Meinung, in der **Angst vor den oppositionellen Druckschriften,** die über die Grenzen des gepeinigten Landes dringen. Unter Wahlen würden diese braunen Betrüger nichts weiter verstehen, als das Kommando an ihre Horden: „Antreten zum Wahlsieg! Wer falsch wählt, wird erschossen!" Denn andere Parteien, als die braune sind ja nicht gestattet. Wozu also das Gerede, wozu der Quatsch?

Friedliche Reden

Oberpräsident Freiherr von **Duesinck** hielt bei der Einweihung des Aachener Ehrenmals eine Rede, in welcher er das außenpolitische Programm des Dritten Reiches folgendermaßen darlegte:

> „Noch ist das Werk nicht vollendet, daß im Dritten Reich ein Adler seine Schwingen spannt **von Aachen nach Wien,** von der Burgundischen Pforte bis zum deutschen Meer im Fernen Osten, von den **Alpen zur Küste.** Aber das Werk wird vollendet."

Hitler aber versichert der Entente: „Wir wollen den Frieden!"

Nazi-Spitzel in Paris

Das nationalsozialistische Zentralorgan, der „Völkische Beobacher", brachte über die Pariser Sozialistenkonferenz allerlei unsinnige Lügen und überschrieb seine Berichte stolz mit der Formel: „Von unserem nach Paris entsandten Sonderberichterstatter". Was dieser Sonderberichterstatter in Paris erlebte, darüber berichtet jedoch der „Völkische Beobachter" nichts.

Am vorletzten Tag der Konferenz machte sich in einem Kaffeehaus nächst dem Kongreßlokal ein Subjekt verdächtig, das sich als österreichischer Sozialdemokrat ausgab und von Konferenzteilnehmern Berichte aus den vertraulichen Sitzungen und Photographien erbat. Dieses Subjekt wurde von einem deutschen Genossen als der bisherige **Genfer Berichterstatter der „Völkischen Beobachters"** erkannt und mit folgenden Worten apostrophiert: „Sie Schwein, wenn ich nicht wüßte, daß Sie kriegsbeschädigt sind, so würden Sie jetzt eine Tracht Prügel beziehen, die Sie niemals in Ihrem Leben vergessen würden!" Worauf das besagte Subjekt eiligst verschwand.

Das war der vom „Völkischen Beobachter" eigens nach Paris zur Sozialistenkonferenz entsandte Sonderberichterstatter. Selbstverständlich hat die Konferenz keinen Augenblick durch seine Anwesenheit beschmutzen dürfen. Und was er von ihr erzählt, ist erlogen.

Amputation im Konzentrationslager

*Nur **Uebelwollende** können das deutsche Volk glauben machen, es brauchten nur Hitlerfahnen über allen Straßen zu flattern und alles wäre gesund, was ein Menschenalter lang vergiftet, verpestet und verfault war. Der Heilungsprozeß wird überaus **langwierig** und oft auch **schmerzhaft** sein müssen; noch manche Operation und vielleicht auch manche **Amputation in Gestalt von Konzentrationslagern** wird notwendig werden, ehe das Gift aus dem Körper des deutschen Volkes entfernt und der deutsche Mensch völlig gesund sein wird. (Gesundes Volk, Nr. 2.)*

Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Schneckentempo

Das nennt sich Arbeitsbeschaffung

Auf keinem Gebiete betätigt sich die nationalsozialistische Marktschreierei so lärmend wie auf dem der Arbeitsbeschaffung. Die Angaben über ihren Umfang sind in der Regel ebenso phantastisch wie die über die Mittel. Wenn von Millionenprojekten und Milliardensummen die Rede ist, handelt es sich immer nur um Pläne, nie um Taten. Das läßt sich an Hand der Zahlen leicht nachweisen.

Bereits zu Beginn des Jahres 1933 waren für öffentliche Arbeitsbeschaffung bewilligt 1282 Millionen Reichsmark. Davon entfielen 342 Millionen auf das Brüning-Papen-Programm, 280 Millionen auf die Reichsbahn, 60 Millionen auf die Reichspost und 600 Millionen auf die Steuergutscheine zur Finanzierung des Schleicher-Gereke-Programms. Von diesen 1282 Millionen, deren Bewilligung zum größten Teil schon ein volles Jahr zurückliegt, sind aber bis jetzt nur 444 Millionen wirklich zur Verfügung gestellt worden. Selbst einschließlich der Mittel aus dem Reichshaushalt und aus der Arbeitslosenversicherung beträgt

der gesamte Aufwand für die öffentliche Arbeitsbeschaffung nicht mehr als 500—600 Millionen Mark.

Aber das war zum großen Teil noch das Programm des alten Systems. Auf die Rechnung des Dritten Reiches ist nur seine langsame und mangelhafte Ausführung zu setzen.

Was ist nun aber seit dem Umschwung geschehen? Wie steht es mit der neuen Milliarde, dem Kernstück der Hitlerschen Propaganda? Selbst für ihre Verteilung existiert bisher nichts weiter als ein — Plan. 200 Millionen sollen für die Instandsetzung an öffentlichen Gebäuden gegeben werden, 100 Millionen für Versorgungsanlagen, 150 Millionen für Tiefbauarbeiten, 125 Millionen für Sachleistungen an Hilfsbedürftige, 100 Millionen als Subvention für die Hausbesitzer zur Instandsetzung an privaten Wohngebäuden, 100 Millionen auf die vorstädtische Kleinsiedlung, 150 Millionen auf ländliche Siedlungen, Meliorationen und Flußregulierungen, während für die Verwendung des Restes von 75 Millionen noch nicht einmal ein Plan vorhanden ist. Selbst wenn man sich sehr beeilen würde, fiele der Arbeitsbeginn für die meisten Projekte in den Herbst. Die Arbeiten müßten also während des Winters unterbrochen werden, die Arbeitslosigkeit würde wieder steigen.

Von den prahlerisch aufgeblähten Milliarden ist bis heute also höchstens eine halbe Milliarde wirksam geworden. Das hat seinen Grund aber nicht in erster Linie in den Anlaufsschwierigkeiten oder in den bürokratischen Hemmungen, die in dem totalen Staat der Nationalsozialisten mindestens ebenso groß sind als sie vorher waren.

Die Hauptschwierigkeiten liegen in der mangelnden Finanzierung.

Die Kasse des Reiches ist leer, ebenso geht es den Länder- und Gemeindekassen. Nur mit größter Mühe können die laufenden Ausgaben gedeckt werden. Für andere ist überhaupt kein Geld da. Erst kürzlich hat man mitgeteilt, daß die Ausgabe von Bedarfsdeckungsscheinen für Minderbemittelte, also die einfachste, beste und schnellste Form der Arbeitsbeschaffung, wegen Mangel an Mitteln verschoben werden muß.

Im Herbst aber wird noch weniger Geld da sein als bisher. Die Steuereinnahmen gehen dauernd zurück. Großzügige Arbeitsbeschaffung ist nicht möglich ohne ausreichende Finanzierung. Aber weder an eine Besteuerung der großen Vermögen noch an eine Anleihe denken die Herren des Dritten Reiches. Einer Besitzsteuer steht ihre Steuerscheu, der Aufnahme einer Anleihe das fehlende Vertrauen im Wege. So bleibt ihnen nur die Wechselreiterei übrig.

Neues Geld wird gemacht. Aber im Gegensatz zu früher wird es nicht gedruckt, sondern geschrieben.

Für die Einlösung dieser Wechsel steht aber zuletzt allein die Reichsbank mit ihrer Notenpresse zur Verfügung. Die Reichsbank hat begründete Angst vor den Folgen dieser Bankrottwirtschaft. Die Verpflichtungen, die sie bisher bereits eingegangen ist, sind ungeheuerlich. Sie hat die Wechsel zur Arbeitsbeschaffung garantieren müssen. Außerdem aber auch die Steuergutscheine, die Ausgaben für die Osthilfe, die zahlreichen Krisenkredite, die Finanzierung der Russenwechsel und vieles mehr. Ihre Zusagen für all diese finanziellen Verpflichtungen belaufen sich auf mehr als 5 Milliarden Mark. Diese Summe ist ebenso hoch wie der gesamte Umlauf an Zahlungsmitteln.

Die Gefahr der Inflation rückt bei dieser leichtfertigen Finanzierung immer näher.

Aus Furcht davor, tut die Reichsbank alles, um die Arbeitsbeschaffung zu verlangsamen. Das hat sie erreicht. Es ist ein Kampf hinter den Kulissen, der mit großer Zähigkeit geführt wird. Er tobt zwischen den bedenkenlosen Demagogen, die mit den finanziell gefährlichsten Methoden um jeden Preis die versprochene Besserung der Wirtschaft im rein kapitalistischen Rahmen herbeiführen möchten und der Reichsbank, die die Währung jeden Tag mehr gefährdet sieht, und die daher auf der Linie des geringsten Widerstandes, also auf den Rücken der Arbeitslosen, einen fast aussichtslosen Kampf gegen die neue Inflation führt.

Denn in einem sind alle einig: sie wollen kein Opfer der Besitzenden, keine Vermögensabgabe der Reichen, keine Zwangsanleihe. Solche Eingriffe widersprechen dem Wesen des Kapitalismus, aber auch den Prinzipien des „Deutschen Sozialismus"! Deshalb wird die Arbeitsbeschaffung nur im Schneckentempo vorwärts schreiten. **Die Inflation aber wird zuletzt doch nicht vermieden.** **Dr. Richard Kern.**

Zurückgeschaltet

Bronnen wieder Jude?

Im braunen Gleichschaltwerk gibt es bisweilen einen Kurzschluß. Unlängst wurde eine Ausstellung des Münchener Karrikaturisten Hulbransson geschlossen, trotzdem er, der sich im alten, noch anständigen Simplicissimus nicht „jüdisch-marxistisch" genug gebärden konnte, nach dem 5. März winselnd zu Hakenkreuze gekrochen war. Neuerdings verbot man dem übergelaufenen Bronnen das Betreten des Berliner Funkhauses, in dem er als brauner Dramaturg gewirkt hatte.

Dieser edle Dichterling, Sohn des Wiener Juden Bronner, wandte einen besonders dreckigen Trick an, um im III. Reich zu avancieren. Er bezichtigte seine tote Mutter, mit einem Arier die Ehe gebrochen zu haben und verschrieb sich so einen germanischen Vater. Ob die Kunstgewaltigen um Göbbels ihm nicht recht geglaubt haben? Ob ihnen die Konkurrenz unbequem war? Ob sogar sie das Herumtrampeln auf der Ehre einer Toten zu gemein fanden? Ob sie sich vor der Auslandpresse genierten? Jedenfalls wurde der Bronnen trocken gelegt, ins jüdische Bett zurückgeschaltet.

Wen's gerade trifft! — Die anderen Verräter, die Max Barthel, Baierle und Konsorten sind natürlich auch nicht besser. Wenn's etwas dran zu verdienen gäbe, würden sie morgen Anarchisten, Monarchisten, Buddhisten oder Zionisten, bohrten sie übermorgen den braunen Brotgebern von heute ihre Füllfedern in den Rücken. Ganz nach Wunsch! Man muß nur mindestens acht Groschen einwerfen. Wir gratulieren dem III. Reich zu den Neuerwerbungen und sind bereit, für die freundliche Uebernahme noch was draufzuzahlen.

Brandgewinnler in Not

Ein europäischer Advokat sagt:

„Göring ist der Brandstifter"

Ab 21. September geht der Oberreichsanwalt einen schweren Gang. An diesem Tage soll in Leipzig die Hauptverhandlung gegen die Reichstagsbrandstifter stattfinden. Göring wird nicht auf der Anklagebank sitzen, wenigstens nicht in Leipzig. Dafür wird er der Angeklagte jener internationalen Untersuchungskommission sein, die zu gleicher Zeit denselben Fall in London behandelt.

Eine Niederlage hat der Oberreichsanwalt schon weg. Auf seine Anfrage haben Branting und Romain-Rolland geantwortet, daß sie bereit sind, Zeugen und Beweise für die Unschuld der angeklagten Kommunisten und Bulgaren zu erbringen. Sie haben die Bedingungen genannt, unter denen sie bereit sind, ihr Material und ihre Zeugen zur Verfügung zu stellen. Der Oberreichsanwalt hat die Bedingungen leider nicht akzeptiert. In seinem Antwortbrief drückt er sich mit formalen Bedenken um die Zusage herum. Er weist die Behauptungen der Untersuchungskommission zurück, aber er wagt nicht, auf gewisse Tatsachen einzugehen, wie z. B. die, daß der kommunistische Abgeordnete Torgler gefesselt ist. Ab und zu beruft sich der Oberreichsanwalt auf seine mangelnde Zuständigkeit, wenn jedoch seine Befugnisse so begrenzt sind, hätte er diese Diskussion vor der Welt nie beginnen dürfen.

Branting und Romain-Rolland fordern vor allen Dingen für die Angeklagten die freie Wahl unabhängiger Verteidiger. Der Reichsanwalt tut so; als bestände diese freie Wahl. In Wirklichkeit gibt es in Deutschland überhaupt keine freie Verteidigung mehr. Aufrechte Rechtsanwälte werden nicht mehr geduldet, denn sie müßten gegen diese verlumpte Nazi-Justiz geradezu durch Niederlegung ihres Amtes protestieren. Den Angeklagten werden Offizial-Verteidiger gestellt. Torgler soll sich den Rechtsanwalt Dr. Sack gewählt haben. In Wirklichkeit standen den Angeklagten nur die Anwälte zur Verfügung, die ihnen Görings Justiz zugesteht. Von Rechtsanwalt Dr. Sack ist bekannt, daß er weit rechts steht und mehrfach nationalsozialistische Fememörder verteidigte. Wenn er jetzt an Dr. Branting schreibt und um das Material zum Nachweis von Torglers Unschuld bittet, so ist auch dies nur ein Bluff, denn Dr. Sack weiß, daß die internationale Kommission ihr Material nur freien Verteidigern geben kann, sofern die Angeklagten die Möglichkeit haben, genügend Einblick in das Material zu erhalten.

Giafferris Anklage

Wenn die deutsche Nazi-Justiz noch einen Funken Gefühl für die Situation hätte, so müßte sie unabhängigen ausländischen Rechtsvertretern die Möglichkeit der Verteidigung geben. Einer der ersten Rechtsanwälte Frankreichs und Europas, Dr. de Morro-Giafferri hatte sich an das Reichsgericht gewandt und die Verteidigung der angeklagten drei Bulgaren beansprucht. Er wurde abgelehnt. Ein Beschluß ging ihm zu, in dem es heißt:

> Auch abgesehen davon, daß der Antragsteller, wie aus der französischen Fassung seines Antrags zu schließen ist, der deutschen Sprache anscheinend nicht mächtig ist, ist für seine Zulassung neben dem bestellten Verteidiger kein Anlaß ersichtlich.

Mit solchen fadenscheinigen Gründen drückt sich das Reichsgericht um Selbstverständlichkeiten herum. Morro-Giafferri konnte sein Gesuch mit der deutschen Prozeßordnung begründen, die einem jeden gestattet, vor Gericht zu plädieren. Aber die deutsche Justiz hat Angst vor unbeeinflußten, unabhängigen Rechtsvertretern, denn die könnten ja so unbequeme Fragen stellen, wie die, wo sich Göring in der Zeit kurz vor dem Reichstagsbrand aufhielt und wie es kam, daß er und Hitler über die Sache schon Bescheid wußten, ehe es brannte! Der große französische Advokat hat sich zu dieser Situation öffentlich geäußert und sagt u. a.:

> **Die Hitlerregierung hat zu große Angst vor der Wahrheit. Sie hat Angst, weil Göring die Tat begangen hat!**
>
> **Ich beurteile die Angelegenheit von einem streng beruflichen Gesichtspunkt aus und spreche zu ihnen als Anwalt, der einfach die Akten studiert hat, bei meiner Seele und meinem Gewissen erkläre ich: Göring hat es getan, Göring hat den Befehl gegeben, den Reichstag anzuzünden.**
>
> **Die deutschen Zeitungen haben am Tage nach dem Brande bewiesen, daß die Verbrecher nur in das Reichstagsgebäude durch den Gang, der den Reichstag mit der Residenz seines Präsidenten verbindet, eindringen konnten, ohne die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zu lenken. Wer bewohnte zu der Zeit das Präsidentenpalais? Göring, Göring, der gleichzeitig Präsident des Reichstags und der preußischen Polizei war.**
>
> **Meine Ueberzeugung stützt sich auf viele andere Beweise. Jeder ehrliche Anwalt, der die Akten unparteiisch studiert, kann nicht anders denken als ich.**

Wir kennen keine Regierung, die sich je vor der europäischen Oeffentlichkeit solche Anwürfe bieten lassen mußte! Wenn die gegenwärtigen Herren Deutschlands moralisch nicht völlig verwahrlost wären, gäbe es auf die Anklage des großen Anwalts nur eine Antwort: „Bitte, mein Herr, verteidigen Sie die Eingekerkerten! Fragen Sie uns nach Belieben!"

Die Brandgewinnler werden sich hüten, denn dieses Fragespiel wäre trotz aller Befähigung zum Meineid das Ende der Hitler und Göring!

Postgeheimnis

achtet Deutschland nicht

Deutschland hat das Postgeheimnis aufgehoben. Es hat Tausende von Spitzeln, um den Briefverkehr zu überwachen. Für den Postverkehr des Auslandes, der Deutschland lediglich als Durchgangsland benutzt, ist aber das Postgeheimnis unantastbar. Trotzdem häufen sich die Nachrichten, daß internationale Postsendungen in Deutschland geöffnet wurden oder verschwunden sind. In der Regel kann das gar nicht anders geschehen als durch die gewaltsame Oeffnung von verschlossenen Briefsäcken.

In einem Brief an die Londoner „Times" weist der zuständige Ministerialdirektor des Reichspostministeriums die Behauptung zurück, als ob Briefe oder Pakete eines fremden Landes in ein anderes, die durch Deutschland gehen, geöffnet würden. Eine Zuwiderhandlung würde streng bestraft werden. Wie wenig aber solchen Versicherungen der Behörden zu trauen ist, geht aus einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Aachen zurück, nicht nur die Beraubung internationaler Postsendungen zugibt, sondern sich ihrer sogar noch rühmt. Er teilt mit:

> Das Zentralkomitee der Antifaschistischen Vereinigung Europas in Paris versucht seit einiger Zeit, kommunistische Hetzschriften, die dort in deutscher Sprache erscheinen, über Deutschland nach den nordischen Staaten zu senden. Mit derselben Regelmäßigkeit, wie die Sendungen hier eingehen, werden sie auch angehalten und vor ihrer Weiterbeförderung einer Durchsicht unterzogen. Am 23. August wurde von der Staatspolizeistelle Aachen wieder ein Paket mit mehreren hundert Exemplaren der Zeitung „Antifaschistische Front", das für eine kommunistische Zentrale in Kopenhagen bestimmt war, beschlagnahmt. Die Sendung wird den Empfängern in Kopenhagen zugeleitet, die sich jedoch wundern werden, wenn sie statt der erwarteten Lügenberichte über Deutschland nationalsozialistische Zeitungen vorfinden, die die Zustände in Deutschland so schildern, wie sie in Wirklichkeit sind.

Ob es sich um kommunistische oder andere Briefsendungen handelt, ist ganz gleichgültig. Wer verschlossene Postsäcke aufmacht, ist ein Verbrecher. Und ein Staat, der etwas derartiges duldet, ist ein Verbrecherstaat. Man hat bisher nichts davon gehört, daß sich die Postbehörden gegen dieses verbrecherische Treiben zur Wehr gesetzt haben. Wahrscheinlich würde eine solche Erwartung auch mehr Rückgrat voraussetzen, als sie besitzen.

Habicht und Oesterreich

Bei den polizeilichen Aktionen gegen die österreichischen Nationalsozialisten fiel den Behörden auch ein etwa 200 Seiten starkes Buch in die Hände, dessen roter Umschlag den Titel trägt: **„Das Dienstbuch der NSDAP Oesterreichs. Hitlerbewegung."** (Druck Joh. Haas, Wels, Oberösterreich.) Dieses Buch, von dem „Inspekteur" der österreichischen Nazibewegung, Theo Habicht, bearbeitet, gewährt wertvolle Einblicke in die Technik der nationalsozialistischen Machterhebung. Dem Kapitel über die Technik der Propaganda werden folgende Worte Hitlers vorausgeschickt:

> **„Die Aufmerksamkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß . . .** Sowie durch die eigene schwankende Propaganda erst einmal nur der Schimmer eines Rechts auch auf der anderen Seite zugegeben wird, ist der Grund zum Zweifel an dem eigenen Rechte schon gelegt."

Nach diesen demagogischen Grundsätzen, die ebenso von der Massenverachtung wie von der Skrupellosigkeit Hitlers Zeugnis ablegen, wird auch von den österreichischen Nationalsozialisten an der Errichtung der Nazidiktatur gearbeitet. Die „Vergeßlichkeit des Volkes ist groß" — also kann man es nach Herzenslust belügen und betrügen!